Impfung: 3,3 Millionen Arztbesuche wegen Nebenwirkungen – doch der Impfterror geht weiter

https://www.anonymousnews.org/gesundheit/corona-impfnebenwirkungen-ueber-3-millionen-arztbesuche/

In Deutschland sind 3,3 Millionen Menschen wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung, doch die Bundesregierung denkt immer noch nicht daran die Reißleine zu ziehen. Im Gegenteil: Der Impfterror soll im kommenden Herbst munter weiter gehen.

von Theo-Paul Löwengrub

Das politisch und medial unerbittlich in die Köpfe gebrannte Narrativ von der „Sicherheit" der Corona-Impfungen bröckelt nur sehr langsam. Die Debatte um das neue Infektionsschutzgesetz hat hier einen Rückschritt in der Aufklärung bewirkt, denn es sieht rotzfrech aufs Neue Begriffe wie Impfstatus, Geltungsfristen und die Voraussetzung aktueller Impfnachweise mit verwaltungsmäßiger Selbstverständlichkeit vor, als habe die Impfung das gehalten, was man sich von ihr versprochen hatte, als seien Impfdurchbrüche Ausnahmen und nicht der Normalfall, und als gäbe es nicht die globalen zahllosen Nebenwirkungen und Todesfälle.

Parallel dazu blockieren Verantwortliche aus der Medizin tapfer und unverdrossen die Herausgabe von Informationen zu den Nebenwirkungen der Impfstoffe, wo sie nur können. Diese Erfahrung machte

https://fragdenstaat.de/anfrage/abrechnungszahlen-fur-impfnebenwirkungen/#nachricht-716055

auch ein Nutzer des Online-Portals „Frag den Staat", der dort bereits Ende Februar unter Berufung

https://reitschuster.de/post/knapp-440-000-faelle-von-impfnebenwirkungen-bei-der-tk/

auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das Umweltinformationsgesetz (UIG) und das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) bei der Techniker Krankenkasse (TK) um Informationen über alle dort seit 2019 vorliegenden Fälle von Impfnebenwirkungen nachgesucht hatte, und zwar für folgende Fälle:

„Sonstige Komplikationen nach Impfung (Immunisierung), andernorts nicht klassifiziert” , „Infektion nach Impfung (Immunisierung) und/oder Sepsis nach Impfung (Immunisierung)“, „Unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von COVID-19-Impfstoffen, nicht näher bezeichnet“ sowie „Komplikationen durch Impfstoffe oder biologisch aktive Substanzen“.

Krankenkassen mauern sich ein

Die TK versicherte zwar, sich „so schnell wie möglich“ um die Anfrage zu kümmern, verschleppte die Auskünfte aber so lange sie nur konnte. Dabei berief sie sich auf den Datenschutz als Hindernis – und hatte sogar die Dreistigkeit, dem Antragsteller eine Liste von dessen eigenen Arztbesuchen zuzustellen. Die bis 2. April gesetzte Frist ließ die TK verstreichen. Erst die Drohung des Nutzers mit einer Untätigkeitsklage Ende April und die Kontaktierung des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mitte Mai führten dann zu einem – wiederum quälend langsamen – Fortgang der Angelegenheit. In ihrer Antwort vom 20. Juli behauptete die Krankenkasse wenig glaubwürdig, die lange Verzögerung sei darauf zurückzuführen, „dass Ihre Anfrage nach dem IFG vom 27.02.2022 in unserem Haus nicht den eigentlich zuständigen Stellen weitergeleitet wurde und in der Folge auch z.T. nicht entsprechend Ihrer Anfrage beantwortet wurde.“

Aus den nach fast fünfmonatigem Insistieren nun endlich herausgegebenen Daten ging dann allerdings Aufschlussreiches hervor. So gab es allein im Jahr 2021 – dem ersten Jahr der Corona-Impfungen – 437.593 Fälle, die den vier Kriterien des Antragstellers entsprachen. Zum Vergleich: 2019 und 2020 war es zu insgesamt lediglich zu 28.821 Fällen gekommen, in denen deswegen ein Arzt aufgesucht wurde. Aufs Jahr gerechnet bedeutet das eine annähernde Verdreißigfachung der jährlichen Fälle. Über 400.000 Menschen litten in dem Jahr, in dem die Impfkampagnen begannen, also unter Symptomen, die schwer genug waren, um ärztliche Behandlung für angezeigt zu halten. Und dabei, wohlgemerkt, handelt es sich nur um den Anteil an den 11 Millionen TK-Mitgliedern. Rechnet man diese Zahlen hoch, ergibt sich eine Zahl von 3,3 Millionen Bürgern, die wegen Impfnebenwirkungen einen Arzt konsultierten.

Gefeuerter BK-Chef hatte doch recht

Erst kürzlich war ein Schreiben

https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/kassenaerztlichen-bundesvereinigung-25-mio-arztbesuche-wegen-impfnebenwirkungen/

der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) bekannt geworden, in dem von 2,5 Millionen Arztbesuchen als Folge von Impfnebenwirkungen die Rede war. Die Daten der TK sind insofern von der Größenordnung her damit konsistent. Nochmals zur Erinnerung: Als Andreas Schöfbeck, damals Vorstand der Münchner BKK ProVita-Krankenkasse, Ende Februar in einem Brandbrief

https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/bkk-verwaltungsratsmitglied-das-war-wie-eine-hexenjagd/

an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) die Zahl der tatsächlichen Impfnebenwirkung auf rechnerisch 3 Millionen Fälle schätzte und wissen wollte, wieso vom PEI nur 250.000 erfasst würden, war Anfang März dessen fristlose Kündigung erfolgt, einschließlich einer öffentlichen Verleumdungskampagne („Schwurbler"). Nun erweist sich, dass Schöfbeck sogar um 10 Prozent zu niedrig gelegen hatte.

Der Skandal, dass hier der Gesundheit von Millionen von Menschen massiver Schaden zugefügt wird, der bei vielen lebenslange Folgen haben wird, nur um ihnen einen Impfstoff aufzuzwingen, der außer seiner Gefährlichkeit auch wirkungslos gegen Corona-Infektionen ist, ist dem medizinischen und politischen Establishment lange bekannt, soll also weiterhin mit allen Mitteln vertuscht oder zumindest verharmlost werden – und jetzt schickt sich eine grundrechts- und freiheitsfeindliche Willkürpolitik von Infektionsschutz-Autokraten gerade abermals an, von der weiteren regelmäßigen Verabreichung dieser Impfung die Teilnahme am öffentlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben abhängig zu machen. Unter normalen Zuständen müsste dieser fraglose Skandal um nicht zu sagen: dieses Verbrechen, Tag für Tag das praktisch einzige Hauptthema sämtlicher Massenmedien sein. Doch deren Mitschuld durch Schweigen macht es überhaupt erst möglich, dass dieser staatliche Amoklauf von regierenden Gesundheitspsychopathen und Radikalen, für die Corona Mittel zum Zweck ist, weitergeführt werden kann.